

StaatsZeitung

Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz



Herausgegeben von der Staatskanzlei im Auftrag der Landesregierung

Nr. 16 / 59. Jahrgang, Dienstag, 13. Mai 2008

Ausgabe B
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 6659
Oppenheimer Druckhaus GmbH 55232 Alzey

Richtungweisende Entscheidung Landesbank fusioniert mit LBBW – Staatsvertrag unterzeichnet



Ministerpräsidenten Beck und Oettinger tauschen Urkunden aus. Bild: Sämmer

Den Staatsvertrag zur Vereinigung der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) und der Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) haben die Ministerpräsidenten der Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Günther H. Oettinger und Kurt Beck, auf Schloss Waldthausen in Budenheim bei Mainz unterzeichnet. „Der Staatsvertrag ist die rechtliche Grundlage für die Fusion der beiden Banken und sichert eine erfolgreiche Zusammenarbeit zum Nutzen der Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz“, sagten die beiden Ministerpräsidenten.

Durch den Staatsvertrag wird die LRP, die bisher eine rechtlich selbständige Tochter war, vollständig in

die LBBW integriert. Gleichzeitig werden der LBBW die Aufgaben einer Staats- und Kommunalbank so wie Sparkassenzentralbank für Rheinland-Pfalz übertragen. Der Staatsvertrag ist Teil eines Regelwerks, mit dem die im Februar getroffene Verständigung über die weitere Integration der Landesbank Rheinland-Pfalz in die LBBW umgesetzt wird.

„Die Gesamtkonzeption trägt dazu bei, die Entwicklung des LBBW-Konzerns als bedeutende Bank in Deutschland und als Mitspieler im internationalen Geschäft weiter voranzubringen“, hob Oettinger hervor. „Ein leistungsfähiger Partner für Sparkassen

Fortsetzung Seite 2, Spalten 1 und 2

Biologische Vielfalt schützen

Conrad: Eine wichtige Lebensgrundlage – Mainzer Erklärung

Zu einer Sonder-Umweltministerkonferenz (UMK) haben sich die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren getroffen, um eine Erklärung zur „Biologischen Vielfalt“ zu beschließen. Darin heißt es unter anderem, dass sich die Umweltministerkonferenz „nachdrücklich für die Erhaltung der biologischen Vielfalt als eine wesentliche Aufgabe menschlicher Daseinsvorsorge einsetzt“. Zu dem Treffen hatte Umweltministerin Margit Conrad im Vorfeld der 9. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt eingeladen, die vom 19. bis 30. Mai in Bonn stattfindet. Rheinland-Pfalz führt 2008 den Vorsitz der UMK. In Mainz waren auch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel sowie der Direktor der Generaldirektion Umwelt bei der EU, Mogens Peter Carl, anwesend. Als Gastredner sprach am Nachmittag der indische Ökonom Pavan Sukhdev.

In einem öffentlichen Teil, der sich an die interne Sonder-UMK anschloss, sprach auch Pavan Sukhdev. Sukhdev ist unter anderem Direktor des „Green Accounting for Indian States Project“,

einer Studie zur wirtschaftlichen Bedeutung der biologischen Vielfalt in Indien. EU-Kommissar Stavros Dimas und Bundesumweltminister Gabriel haben ihm die Leitung eines Forschungsprojekts übertragen, das die volkswirtschaftlichen Kosten durch den Verlust der biologischen Vielfalt weltweit ermitteln soll.

Ministerin Conrad hob in ihrer Rede den Zusammenhang zwischen dem Schutz der Biodiversität und den globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel und der Versorgung einer wachsenden Weltbevölkerung mit ausreichend Nahrungsmitteln hervor: „Armutsbekämpfung und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in diesen Regionen der Erde muss mit dem Schutz der Artenvielfalt und der Verantwortung für die Erhaltung der Biodiversität einhergehen“, sagte sie. „Unsere Ernährung, unser Ressourcenverbrauch, der Kraftstoffhunger der Industrie in den Schwellenländern erhöhen den Druck auf die wertvollsten und bedeutendsten Ökosysteme der Welt. Den Verlust an Biodiver-

Fortsetzung Seite 2, Spalten 4 und 5



Ministerin mit Teilnehmern der Sonderkonferenz in Mainz.

Bild: Piel

Landesfestjubiläum in Stadt mit viel Grün

Bad Neuenahr-Ahrweiler lädt zu 25. Rheinland-Pfalz-Tag ein – Beck: Chance zum Feiern nutzen

Eine großartige Chance, sich zu begegnen und miteinander zu feiern bietet der 25. Rheinland-Pfalz-Tag vom 13. bis zum 15. Juni in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Das große Landesfest werde die Möglichkeit bieten, Rheinland-Pfalz in seiner ganzen Vielfalt zu präsentieren, über die Landesgrenzen hinaus zu werben und auch zusammen mit den Nachbarinnen und Nachbarn in Nordrhein-Westfalen das Gemeinschaftsgefühl zu stärken. Insgesamt werde mit rund 250 000 Besucherinnen und Besuchern gerechnet. Dies machte Ministerpräsident Kurt Beck deutlich, als er zusammen mit Stadtbürgermeister Dr. Hans-Ulrich Tappe und Kurdirektor Rainer Mertel in Mainz das Programm vorstellte. Beck dankte auch allen Sponsoren ausdrücklich für ihr Engagement.

Der Ministerpräsident wies auf das breite und vielfältige Angebot des Jubiläums-Landesfestes hin. Als Besonderheit stellte er eine Fotoausstellung mit Bildeindrücken aus allen bisherigen Austrichterstädten heraus. Zugnummer 1 beim großen Festzug werde in diesem Jahr der Jubiläumswagen des Landes sein, der auf einer großen Landkarte die bisherigen Austrichterorte zeige. Zugleich machte er darauf aufmerksam, dass das Landesfest auch der Höhepunkt der Feierlichkeiten zum 150-jährigen Jubiläum des Heilbades Bad Neuenahr sein werde.

In der Innenstadt, im repräsentativen Kurpark und entlang der Ahrufer wird es nach Darstellung Beck's insgesamt zwölf Bühnenplätze, den „Markt der Städte und Landkreise“, eine kulinarische Meile und zwei weitere Aktionsflächen geben. Darüber



Ministerpräsident und Stadtvertreter stellen Programm vor.

Bild: Piel

hinaus finden acht Ausstellungen in fünf repräsentativen Gebäuden statt. Insgesamt werden rund 130 Informations- und Präsentationsstände und 68 Gastronomie- und Weinstände aufgebaut sein. Von einem Riesenrad im Lenné-Park aus kann die Gastgeberstadt des Landesfestes auf einen Blick überschaut werden. Eine spektakuläre Lasershow rundet den Rheinland-Pfalz-Tag ab.

Stadtbürgermeister Tappe (2. v. r.) hob besonders hervor, dass das diesjährige Landesfest in einer Stadt

mit „viel Grün“ stattfinden wird. So befinden sich einige der Eventflächen in Grünanlagen, wie etwa die SWR-Bühne im Kurpark oder der Bauern- und Ökomarkt am Ahrufer. Auf einer eigenen Bühne der Stadt wird die kulturelle Vielfalt der Region gezeigt werden. Ein besonderer Akzent werde auf ein Angebot der Gastronomie und Winzer zu „vernünftigen“ Preisen gelegt. Kurdirektor Rainer Mertel (2. v. l.) kündigte an, dass sich Bad Neuenahr

Fortsetzung Seite 2, Spalte 1

Europapreis geht nach Trier

Verleihung mit angeregter Diskussion im Mainzer Ratssaal



Staatssekretär Klär zusammen mit den Preisträgern.

Bild: LV

Eine engagierte Diskussion über Europa nach dem Vertrag von Lissabon ging im Ratssaal des Mainzer Rathauses der diesjährigen Verleihung des Europapreises voraus. Jo Leinen, Vorsitzender des konstitutionellen Ausschusses des Europaparlaments betonte, Europa habe sich fünfzig Jahre lang sehr mit sich selbst beschäftigt. Diesen Luxus könne man sich nun nicht mehr leisten und müsse im globalen Wettbewerb der Ideen und Wirtschaften mit einer Stimme sprechen. „Wir müssen nach Osten schauen, die Menschen dort sind blitzgespannt auf Europa und möchten mit uns zusammenarbeiten“, so Leinen.

Die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg stand auch im Mittelpunkt des Europapreises, der 2008 unter dem Motto „Lernen interkulturell – Austausch an den Hochschulen“ ausgelobt worden war. Große Freude herrschte dann bei den Gewinnern des Preises, dem Projekt EUROSIM des Fachbereichs Politikwissenschaften der Universität Trier. Der Bevollmächtigte des Landes für Europa und Preisstifter, Staatssekretär Karl-Heinz Klär, betonte bei der Überreichung des mit 2000 Euro dotierten Preises an Projektleiter Prof. Joachim Schild, die wirklichkeitsnahe Simulation der Entscheidungsprozesse innerhalb der

Europäischen Union durch das Planspiel habe die Jury überzeugt.

Den zweiten, mit 1000 Euro dotierten Platz gewann das Institut für Unternehmerisches Handeln (IUH) an der Fachhochschule Mainz. Es veranstaltet seit 2003 Workshops gemeinsam mit fünf weiteren europäischen Universitäten im Rahmen der Initiative COEUR – Competence in EuroPreneurship.

Den dritten Preis (je 500 Euro) teilen sich das Integrierte Projekt für Ausländische Studierende an der Universität Landau (IPAS), bei dem sich 15 Studierende um die Belange ausländischer Kommilitonen kümmern, und der Verein C.i.t.i. – Internationales Zentrum der Universität Trier. Der Verein unterstützt seit mehr als einem Jahrzehnt ebenfalls ausländische Studierende.

Zum ersten Mal wurde der Europapreis 1992 für beispielhafte europäische Aktivitäten vergeben. In diesem Jahr betonte der Gastgeber, der Mainzer Oberbürgermeister Jens Beutel (r.), die Verleihung finde zu Recht in Mainz statt. Beutel mahnte, die Medien seien zum Thema Europa in besonderer Weise gefragt, denn das einige und friedliche Europa müsse den Menschen immer wieder nahe gebracht werden.

Radroutenplaner für das Land stark genutzt

Der neue Radroutenplaner für Rheinland-Pfalz erfreut sich großer Beliebtheit. Wie Verkehrsminister Hendrik Hering in Mainz berichtete, wurden im Monat März nach Freischaltung der Anwendung 1,8 Millionen Zugriffe verzeichnet, im Monat April waren es sogar 2,2 Millionen Zugriffe. „Die Zahlen zeigen das große Interesse an neuen Tourenplaner. Damit können Ausflüge mit dem Fahrrad in Rheinland-Pfalz und in die angrenzenden Regionen nach individuellen Wünschen ganz einfach per Mausclick geplant werden“, so Hering. Der Tourenplaner funktioniert ähnlich wie ein Pkw-Reiseplaner und sei auf der zentralen Seite des Landes www.radwanderland.de zu finden.

Als Planungsassistent umfasse der Tourenplaner eine detaillierte Routenbeschreibung mit Streckencharakteristik, Höhenprofilen um den Schwierigkeitsgrad abzuschätzen, Informationen über Sehenswürdigkeiten, Unterkünfte, gastronomische Angebote, Tipps zu Umstiegsmöglichkeiten auf Bahn, Bus und Schiff so wie den genauen Verlauf der Strecke als Karte mit Luftbildern.

Nach einer Studie des Europäischen Tourismusinstituts (ETI) in Trier machen pro Jahr rund 18,4 Millionen Radtouristen aus nah und fern in Rheinland-Pfalz Urlaub. 17,4 Millionen sind Tagesgäste und eine Million Übernachtungsgäste.

Zahl der Woche

Immer mehr Bauherren setzen auf Wärmepumpen. Diese sind nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems die Hauptheizquellen in 1455 Wohngebäuden, die im Jahr 2007 in Rheinland-Pfalz fertig gestellt wurden. Damit werden 17,3 Prozent aller im vergangenen Jahr neu errichteten Wohngebäude mit dieser Technik beheizt. Im Jahr 1997 wurden nur 0,1 Prozent der neuen Wohngebäude mit einer Wärmepumpe ausgestattet, 2002 waren es 4,2 Prozent. Auch die Zahl der Neubauten, die mit sonstigen regenerativen Energieträgern (etwa Holz) beheizt werden, steigt. Im Jahr 2007 wurden 434 solcher Wohngebäude neu errichtet (5,1 Prozent), 1997 waren es erst 17 (0,2 Prozent) gewesen.

Europa bietet Jugendlichen viele Chancen

Beck diskutiert zum Projekttag 2008 mit Schülern der Oberstufe des Gymnasiums Gonsenheim

Eine breite Themenpalette bot der „EU-Projekttag 2008“ an rheinland-pfälzischen Schulen an. Rund um den 6. Mai waren Mitglieder der Landesregierung, angeführt von Ministerpräsident Kurt Beck, der das Gymnasium Gonsenheim besuchte, sowie Abgeordnete aus Landtag und Europaparlament im Zusammenhang mit dem Projekttag und der bis 15. Juni in Rheinland-Pfalz laufenden Aktion „Europa in der Schule“ aktiv. Den Auftakt hatte – wie berichtet – Bildungsministerin Doris Ahnen mit ihrem Besuch in der Mainzer Kanonikus-Kir-Realschule gemacht. Wirtschaftsstaatssekretär Carsten Kühl diskutierte beispielsweise am größten rheinland-pfälzischen Gymnasium in Nieder-Olm mit Schülerinnen und Schülern der Oberstufe über die Bedeutung der EU für junge Menschen hier zu Lande.

Ministerpräsident Beck diskutierte mit Schülerinnen und Schülern aus verschiedenen Oberstufenkursen – Sport, Geschichte, Erdkunde und bilingualer Zweig Französisch – im Gymnasium Gonsenheim über aktuelle europapolitische Themen. Dabei ging es unter anderem auch um die Haltung Europas im Hinblick auf die Olympischen Spiele in Peking, das Zukunftspotenzial des Wirtschaftsstandorts Rhein-Main in einem größer werdenden Europa und ganz allgemein um die beruflichen Perspektiven und vielfältigen Chancen im geeinten Europa.

Ziel des auf eine Vereinbarung der Regierungschefs der Länder mit der



Ministerpräsident steht Rede und Antwort auf Fragen zu Europa. Bild: Sämmer

Bundeskanzlerin während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 zurückgehenden „EU-Projekttag“ ist es, bundesweit dafür zu sorgen, dass in den Schulen das Thema Europa breit diskutiert und das Verständnis von Schülerinnen und Schülern für die europäische Integration gestärkt wird. Darüber hinaus sollen die politische Dimension eines geeinten Europa und die Rolle der EU sowie ihrer Institutionen für den Einigungsprozess verdeutlicht werden. Ein ganz beson-

derer Akzent wurde zudem in acht Schulen landesweit gesetzt, die nach ihrer Bewerbung für den „Europe Aid-Projekttag“ ausgewählt wurden. Dieser wurde von den Generaldirektionen Außenbeziehungen und Entwicklungshilfe der EU-Kommission organisiert. In diesem Rahmen diskutierten Beamte der EU-Kommission am 9. Mai mit rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schülern vor allem über außen- und entwicklungspolitische Themen.

Landesfestjubiläum in Stadt mit viel Grün

Fortsetzung von Seite 1

als „modernes und dynamisches Heilbad“ präsentieren werde.

Für die Medienberichterstattung und die musikalische Unterhaltung zeichnen einmal mehr der Südwestrundfunk, RPR1, und das Hot Music Radio bigFM verantwortlich. SWR-Landesenderdirektorin Dr. Simone Sanftenberg kündigte an, dass von Freitag bis Sonntag Fernsehen, SWR1 und SWR4 vertreten sein werden. Auf der SWR-Bühne werden am 14. Juni bei den „SWR1 Rheinland-Pfalz Open Airs“ die Wise Guys und die Rocklegende REO Speedwagon zu hören sein. Am 15. Juni werden beim SWR4-Schlagerfestival unter anderem De Räuber, Die Flippers und die Mannheimer Sängerin Joy Flemming zu Gast sein.

Auf der RPR1-Bühne wird der Ministerpräsident am 13. Juni um 18 Uhr den Rheinland-Pfalz-Tag eröffnen, wie Geschäftsführer Christian Mager mitteilte. Hier werden Chartgrößen wie Marquess und Laith Al-Deen und als weiterer Top-Act die Band „Revolverd“ auftreten.

„Kein Rheinland-Pfalz-Tag ohne Rheinland-Pfalz-Takt“ nannte Dr. Thomas Geyer, Verbandsdirektor des SPNV-Nord, als Motto für eine umfangreiche Zubringerversorgung per Bahn und Bus. So werde etwa bis tief in die Nacht von Samstag auf Sonntag im 20-Minuten-Takt zwischen Remagen und Bad Neuenahr-Ahrweiler eine Verbindung bestehen.

Richtungweisende Entscheidung

Fortsetzung von Seite 1

und Unternehmen ist ein wichtiger Faktor nicht nur für die Wirtschaftskraft der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen, sondern auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt“, machte Oettinger deutlich. Mit der Stärkung des Konzerns gehe auch eine Stärkung des Bankenstandortes Baden-Württemberg einher. Der Ministerpräsident dankte allen Beteiligten für die konstruktive Zusammenarbeit. Dadurch sei es möglich gewesen, die Integration der LRP in die LBBW zügig umzusetzen.

Beck sprach von einer „Richtungweisenden Entscheidung mit einer Wirkung weit über die Landesgrenzen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hinaus“. Wesentliches Ziel sei dabei gewesen, am Standort Mainz hochkarätige Arbeitsplätze zu sichern und dafür zu sorgen, dass für die Mitarbeiter auch künftig ein akzeptables und vorausschauendes Personalkonzept gelte. Das sei erreicht worden. „Die Integration der zwei Banken schafft die erforderlichen klaren Strukturen, mit der die LBBW weiter selbstbewusst daran gehen kann, sich sowohl im nationalen als auch im internationalen Umfeld kraftvoll zu behaupten. Die in der Sache sehr fair und im Ton geräuschlos zwischen

Dilibri erleichtert das Stöbern

Neue Internetplattform für das Landesbibliothekszenrum

Wer sich für landeskundliche Literatur über Rheinland-Pfalz interessiert, muss nicht mehr in Bibliotheken stöbern. Vielmehr lässt sich nun am heimischen Computer in rund 150 Bänden recherchieren und lesen, von denen etliche bislang schwer zugänglich waren. Möglich macht dies die Internetplattform www.dilibri.de des Landesbibliothekszenrums Rheinland-Pfalz. „Ein schöner Service für alle historisch interessierten Menschen“, meinten Kultur-Staatssekretär Prof. Joachim Hofmann-Göttig und Dr. Helmut Frühauf, Leiter des Landesbibliothekszenrums. Gemeinsam mit der Leiterin der Universitätsbibliothek Trier, Dr. Hildegard Müller, und den Projektleitern Dr. Barbara Koelges und Elmar Schackmann stellten sie das Digitalisierungsprojekt Dilibri in Mainz vor.

Hofmann-Göttig machte deutlich, dass es bei dem vor vier Jahren erfolgten Zusammenschluss der Pfälzischen Landesbibliothek in Speyer, der Rheinischen Landesbibliothek in Koblenz, der Bibliotheca Bipontina in Zweibrücken, der Landesbücherei Rheinland-Pfalz in Koblenz und der Staatlichen Bücherei Rheinhesen-Pfalz in Neustadt an der Weinstraße zum Landesbibliothekszenrum darum gegangen sei, die Leistungen der an ihren Standorten weiter bestehenden Einrichtungen qualitativ wie quantitativ weiter auszubauen. Mit dem Digitalisierungsprojekt Dilibri werde nun für alle Bürgerinnen und Bürger ein leichter und schnellerer

Zugang zu Information und Wissen geschaffen, so Hofmann-Göttig. Rund 82.000 Euro habe das Land in den Aufbau der IT-Infrastruktur für Dilibri und notwendige Softwarelizenzen investiert.

Digitalisierung sei ein wichtiges Thema für Bibliotheken in ganz Europa, betonte Frühauf. Ziel des Projekts sei es, die Originale vor weiterer Beanspruchung und Verfall zu schützen und die Quellenwerke Forscherinnen und Forschern so wie interessierten Laien via Internet besser nutzbar zu machen. Dilibri erschließe landeskundlich besonders interessante, seltene Publikationen, wie etwa die illustrierten Rheinablen und Rheinreiseführer im Bestand der Rheinischen Landesbibliothek. Mit Dilibri habe Rheinland-Pfalz eine einheitliche Plattform für Bibliotheken, um landesweite Projekte im Bereich der Digitalisierung zu realisieren.

Koelges und Schackmann berichteten, Dilibri sei von September bis Dezember 2007 von der Universitätsbibliothek Trier und dem Landesbibliothekszenrum aufgebaut worden. Dabei seien digitale Aufnahmen von Büchern, historischen Zeitschriften, alten Landkarten und Schulprogrammen produziert und mit Hilfe einer speziellen Software ins Internet gestellt worden. Diese ermögliche die Suche nach Buch- bzw. Zeitschriftentiteln so wie nach Begriffen aus den Werken – die so genannte Volltextsuche. PDF-Downloads würden bereitgestellt.

Seine Botschaft wird immer gegenwärtig sein

„Philipp Freiherr von Boeselager steht für das moralische Gewissen Deutschlands. Sein Widerstand gegen Hitler war die Grundlage dafür, dass Deutschland überhaupt wieder in den Kreis der Nationen aufgenommen werden konnte, die unter dem Zeichen von Humanität und Christlichkeit stehen.“ Das erklärte Ministerpräsident Kurt Beck in Mainz zum Tod Philipp Freiherr von Boeselagers, der im Alter von 90 Jahren in Altenahr verstorben ist.

Freiherr von Boeselager war der letzte Überlebende der Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944 um Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Seine Mitverschwörer hatten ihn nicht verraten.

„Philipp Freiherr von Boeselager hat nach dem Krieg immer wieder vor Schulklassen Geschichtsstunden gegeben und damit einen großen Beitrag zur demokratischen Erziehung geleistet.“ Ministerpräsident Beck zeichnete Freiherr von Boeselager mit der höchsten Auszeichnung des Landes Rheinland-Pfalz, dem Verdienstorden, aus.

In einem Kondolenzschreiben an die Witwe, Rosa Maria Freifrau von Boeselager, würdigte der Ministerpräsident den Verstorbenen als einen „großartigen Mann, der für uns alle Vorbild ist und bleiben wird. Seine Botschaft wird immer gegenwärtig sein.“

Neue Plattform gegen Rechts

Internetangebot www.komplex-rlp.de für Jung und Alt

„Mit dem Startschuss für die neue Internet-Plattform www.komplex-rlp.de wird die Unterstützung für Jugendliche und Eltern, die sich mit dem zunehmenden und immer raffinierteren Werben von Rechtsextremisten um junge Anhänger auseinandersetzen wollen oder müssen, um einen weiteren Baustein erweitert.“ Das unterstrichen Bildungs- und Jugend-Staatssekretärin Vera Reiß und der Präsident des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV), Werner Keggenhoff, in Mainz, als sie das neue Internet-Angebot frei schalteten. Neben Sachinformationen zum Thema Rechtsextremismus bietet die neue Plattform auch die Möglichkeit, informelle Netzwerke aufzubauen oder in moderierten Chats Tipps Erfahrungen und Erlebnisse auszutauschen.

Die neue Internet-Plattform „komplex“ sei nach dem speziell für Jugendliche gestarteten „Aussteigerprogramm (R)AUSwege“, dem Konzept „Elterninitiativen gegen Rechts“ und dem „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus“ das vierte Projekt auf Landesebene, das unter der Federführung des Landesjugendamts zu dem Problemfeld Rechtsextremismus gestartet werde, betonten Reiß und Keggenhoff. Anfang 2007 sei die Idee für dieses Projekt entwickelt worden, um neben der kostenlosen telefonischen (R)AUSwege-Hotline (0800/4546000) und den Hinweisen durch Fachkräfte aus der Jugendsozialarbeit, den Beratungsdiensten oder den Strafverfolgungsbehörden einen alternativen, niedrigschwelligeren Zugangsweg zur Zielgruppe der rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen zu eröffnen. Das Projekt „komplex“ wird finanziell getragen vom Sozialministerium, fachlich verantwortlich ist das Jugendministerium, seine Entwicklung wurde im Rahmen des Bundesprojekts „Vielfalt tut gut“ unter-

stützt und erhielt 2007 auch eine Förderung durch die Multimedia-Initiative Rheinland-Pfalz rlp-inform.

Sybille Nonninger vom Landesjugendamt erläuterte die Zielsetzungen der „Kommunikationsplattform gegen Rechtsextremismus - komplex“ im Einzelnen. Dabei nannte sie unter anderem die Installierung eines Gegenpols zu den Angeboten der extremen Rechten im Internet, die Eröffnung von „Chatrooms“ zur Auseinandersetzung mit den Jugendlichen, zur Motivation für den Einstieg in den Ausstieg bzw. zur Distanzierung und die Verbesserung des Austauschs unter betroffenen Eltern im Rahmen von Internetforen und moderierten Chats.

„Das Internet ist als Informations- und Kommunikationsmittel aus dem Alltag vieler Jugendlicher und Erwachsener nicht mehr wegzudenken. Allerdings nutzt auch die rechtsextremistische Szene diesen Kommunikationsweg seit Jahren und in zunehmendem Umfang zur Kommunikation und zu Werbezwecken“, unterstrich Reiß. Der medienpädagogische Forschungsverbund Südwest (mpfs) habe in seiner jüngsten Basisstudie zum Medienumgang zwölf- bis 19-jähriger junger Leute in Deutschland festgestellt, dass 95 Prozent dieser Jugendlichen in Haushalten mit Internetanschluss leben. Inzwischen mehr als 83 Prozent aller Teenager geben an, zumindest mehrmals pro Woche, oft auch häufiger „online“ zu sein. Auch viele Eltern von Jugendlichen bestätigten, dass sie bei Problemen zunächst im Internet nach Informations- und Beratungsangeboten suchen.

„Diese Ergebnisse legten es nahe, das Internet auch für die Beratung zum Thema Rechtsextremismus zu nutzen“, sagte Keggenhoff. Die Erfahrungen hätten gezeigt, dass die Nachfrage nach fundierten direkten Hilfen landesweit groß sei.

72 Millionen Euro für die Städtebauförderung

Das 72 Millionen Euro umfassende Jahresprogramm 2008 für die Städtebauförderung in Rheinland-Pfalz hat Innenminister Karl Peter Bruch freigegeben. „Die städtebauliche Erneuerung ist für das Land das zentrale Förderinstrument, um die Entwicklung von Innenstädten, Problemgebieten, Brachflächen und besonderen Einzelprojekten entscheidend voranzubringen“, sagte Bruch in Mainz. Vorgesehen sei die Förderung in mehr als 130 Städten und Gemeinden.

Die Westpfalz mit ihren besonderen Problemen als Folge des Truppenabbaus und Strukturwandels bleibe wichtigster Förderschwerpunkt, sagte Bruch. Im Mittelpunkt stünden Projekte in den Städten Kaiserslautern, Pirmasens und Zweibrücken. Das Mittelrheintal von Koblenz bis Bingen bilde den zweiten Schwerpunkt – vor allem in Bingen, Koblenz, Kaub, Boppard und Oberwesel könnten Strukturen verbessert werden.

Nach Angaben Bruchs hat das Land seit 1991 mehr als 950 Millionen Euro für städtebauliche Projekte bewilligt. Davon stammten 125 Millionen Euro aus Bundesfinanzhilfen.

Raiskin bleibt weiterhin Chefdirigent in Koblenz

Den Vertrag von Daniel Raiskin als Chefdirigent des Staatsorchesters Rheinische Philharmonie in Koblenz hat Kulturministerin Doris Ahnen bis Juli 2013 verlängert. Das Orchester habe in den zurückliegenden drei Jahren unter der Leitung Raiskins weiter an Aufmerksamkeit und Ansehen gewonnen und beeindruckte Fachwelt und Publikum gleichermaßen. Deshalb freue sie sich, dass Raiskin sein Können und seine Reputation dem Staatsorchester auch in den kommenden Jahren weiterhin zur Verfügung stellen möchte, sagte die Ministerin in Mainz.

Der niederländische Staatsbürger russischer Abstammung Daniel Raiskin zählt in der Fachwelt zu den vielseitigsten Musikern der jüngeren Generation. Der renommierte Künstler hatte sich vor seiner Karriere als Orchesterdirigent bereits als einer der führenden Bratschisten Europas einen Namen gemacht.

Im kommenden Jahr wird Raiskin die Rheinische Philharmonie erstmals in Mailand dirigieren und erneut im Concertgebouw Amsterdam und im Festspielhaus Salzburg auftreten.

Biologische Vielfalt schützen

Fortsetzung von Seite 1

sität stoppen, heißt global denken und lokal und regional handeln. Eine der notwendigen Antworten ist, unseren Konsum, unsere Lebensstile so zu verändern, dass sie tatsächlich dem Anspruch der Nachhaltigkeit genügen.“ Das größte Potenzial – über 90 Prozent der bekannten Tier- und Pflanzenarten kämen, so Conrad, in den Entwicklungsländern vor.

Schon Mitte April hatte die Ministerin in „10 Grundsätze zur Biodiversität“ die Erhaltung der Artenvielfalt gefordert. „Vielfalt ist Überlebensstra-

tegie der Natur und der Menschen. Biodiversität schützen heißt Lebensgrundlagen erhalten. Der Reichtum an Arten und innerhalb der Arten oder an Lebensräumen bedeutet ein Mehr an Stabilität, Anpassungsfähigkeit und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes“, heißt es in einer der Thesen und in einer weiteren: „Der Schutz der Lebensgrundlage und die Erhaltung der Biodiversität muss einhergehen mit der Beantwortung der wichtigsten Herausforderung der Menschheit: Ihre Ernährung und Armutsbekämpfung, des Wasserhaushaltes und des Klimas sowie der Rohstoff- und Energiefrage.“

StaatsZeitung

erscheint einmal wöchentlich

Herausgeber: Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz.

Druck und Verlag: Oppenheimer Druckhaus GmbH, Kaiserstraße 68, 55232 Alzey.

Redaktion für die StaatsZeitung: Rolf Becker, Monika Fuhr, Peter Kroll (Koordination), Walter Schumacher (verantwortlich).

Redaktion für Staatsanzeiger: Bettina Luckas, Elisabeth Saller, Gottfried Huba (verantwortlich) – (alle Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz). Der Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz – Amtliche Bekanntmachungen – ist ständige Beilage der StaatsZeitung – Ausgabe A –.

Redaktionelle Zuschriften sind an die Redaktion der StaatsZeitung, Amtliche Bekanntmachungen oder Veröffentlichungen sind an die Redaktion des Staatsanzeigers,

jeweils Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, zu richten. StaatsZeitung: Tel.: 061 31 / 16 46 88, Fax 061 31 / 16 46 91. Internet-Adresse: www.stz.stk.rlp.de; E-Mail: staatszeitung@stk.rlp.de. Staatsanzeiger: Tel. 061 31 / 16 47 53, Fax: 061 31 / 16 40 70.

Bei Satzfehlern entsteht in keinem Fall Anspruch auf Schadenersatz; es kann nur die Aufnahme einer Ersatzanzeige verlangt werden. Bezugspreis jährlich 23,52 Euro zuzüglich 1,- Euro Einweisungsgebühr. Die Auslieferung von Einzelstücken erfolgt über das Landeshauptarchiv, Karmeliterstraße 1-3, 56013 Koblenz.

Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Landesregierung hoheitsrechtlich tätig ist. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.



Herausgeber: Der Präsident des Landtags
Redaktion: Dieter Lang (verantwortlich)

Internet-Adresse: <http://www.landtag.rheinland-pfalz.de>
E-Mail-Adresse: Pressestelle@landtag.rlp.de

Redaktionsanschrift: Deutschausplatz 12, 55116 Mainz
Telefon: 061 31 / 20 80, Durchwahl 2 08-22 10 oder 2 08-24 17

Frieden steht ganz oben auf der Wunschliste

Veranstaltung „60 Jahre Israel – zwischen Existenzrecht und Bedrohung“

Mit einem offiziellen Festakt beging der rheinland-pfälzische Landtag am vergangenen Montag das bevorstehende Jubiläum zum 60. Jahrestag der Gründung des Staates Israel. Im vollbesetzten Plenarsaal begrüßte Landtagspräsident Joachim Mertens als Ehrengast den israelischen Botschafter des Staates Israel in Deutschland, Yoram Ben-Zeev, sowie den Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und ehemaligen Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel, Dr. Johannes Gerster.

Mit der Staatsgründung durch David Ben Gurion am 14. Mai 1948 habe die wechselvolle Geschichte des jungen Landes begonnen, dessen Existenzrecht seither ständigen Bedrohungen ausgesetzt war und das bis heute vielen Herausforderungen gegenüberstehe, sagte Mertens in seiner Eröffnungsrede.

Kaum jemand habe sich vor dem Hintergrund der unsagbaren Verbrechen der Shoah vorstellen können, dass es zwischen Deutschland und Israel zu „so vertrauensvollen und freundschaftlichen Beziehungen“ kommen werde, lobte der Landtagspräsident. Dieses sei vor allem Israel zu verdanken, das Deutschland seine Hand zur Versöhnung gereicht habe. Eine Geste, die wir als großes Geschenk betrachteten.

Die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern hob auch der israelische Botschafter Yoram Ben-Zeev in seinem Grußwort hervor, der sein Amt erst vor wenigen Monaten in Berlin angetreten hat. „Deutschland ist heute der wichtigste Freund Israels neben den USA“, stellte Ben-Zeev die besondere Rolle Deutschlands an der Seite des jüdischen Staates heraus.

Für die Zukunft wünsche er sich für sein Land vor allem eines: „Mit einem Wort shalom – Frieden“. Israel und Palästinenser forderte Ben-Zeev auf, ihre eigenen Interessen zurückzustellen und für die Erreichung einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts einzutreten.

Es sei das Schicksal von Palästinensern und Israelis sich zusammenzutun, „damit die nachfolgenden Generationen keine Angst mehr haben müssen vor Schmerz, Krieg und Verlusten“.



Vortragsveranstaltung im Landtag zum 60jährigen Bestehen des Staates Israel. Landtagspräsident Joachim Mertens mit Israels Botschafter in Deutschland, Yoram Ben-Zeev (Mitte) und Johannes Gerster, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Foto: Klaus Benz

Der eigentliche Feind der Palästinenser seien Hunger, Armut und Fanatismus – gemeinsam müssten diese Probleme gelöst werden.

Gleich in vierfacher Sicht stelle die Entwicklung Israels seit seiner Gründung im Jahr 1948 ein Wunder dar, griff Dr. Johannes Gerster die Worte seiner Vorredner auf. Israel habe es geschafft, sich von einem 700 000 Einwohner umfassenden Agrarland, berühmt für seine Jaffa-Orangen, zu einem modernen Hightech-Standort mit mittlerweile gut sieben Millionen Bürgern zu wandeln, das trotz politischer Krisen seit fünf Jahren ein stabiles Wirtschaftswachstum von durchschnittlich fünf Prozent verzeichne.

Zudem stelle Israel heute die einzige Demokratie im Nahen Osten dar, die trotz der häufig nicht demokratisch geprägten Sozialisation seiner Bürger und enormer Herausforderungen durch Masseneinwanderungen, seit 60 Jahren stabile Rahmenbedingungen

biete. Eines der Wunder sei dabei die Integration von einer Million russischer Einwanderer. Ebenfalls ein Wunder sei, dass Israel Deutschland mittlerweile als Freundin bezeichne.

Kritische Stimmen zu Israel seien natürlich erlaubt, so Gerster. Auch er sei kein Freund von Mauern, die von den Israelis im Westjordanland hochgezogen wurden. Aber diese Mauern dienten dazu, Menschen zu schützen und sie nicht einzusperren.

Mahnend führte Gerster die wachsende Kritik in der deutschen Bevölkerung, besonders bei der jungen Generation, an Israel an, die nach seiner Erfahrung häufig auf fehlendes Wissen und Unkenntnis der Zusammenhänge zurückzuführen sei.

Aus diesem Grund forderte Gerster die Einrichtung wissenschaftlicher Zentren für Israelforschung, ähnlich den Zentren für Deutschlandstudien an israelischen Forschungseinrichtungen in Haifa und Jerusalem.

Reform der Weinmarktordnung

CDU: Nationalen Finanzrahmen wettbewerbsgerecht einsetzen

Den Kompromiss der Verhandlungen zur Reform der Europäischen Weinmarktordnung haben die weinbaupolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Christine Schneider und Julia Klöckner, Berichterstatterin für Weinbaupolitik im Agrarausschuss des Deutschen Bundestages, als zukunftsfähige Grundlage bezeichnet. Herzstück der Reform sei die Einführung eines nationalen Finanzrahmens.



Nach dem Prinzip der Subsidiarität könne jedes EU-Land die Fördermaßnahmen dem jeweiligen nationalen und regionalen Bedarf anpassen. 23 Millionen Euro seien für Deutschland vorgesehen. Diese müssten zukunftsorientiert und wettbewerbsgerecht verteilt werden, so Klöckner und Schneider. Sie lobten das Engagement der rheinland-pfälzischen Weinbauverbände und die konsequente Verhandlungsführung des zuständigen Bundesministers. Der intensive Einsatz zeige sich in nun

gefundenen Kompromiss deutlich. Beide begrüßen das Umdenken in eine marktorientierte Verwendung des EU-Weinbudgets, anstatt dieses weiterhin für Interventionen und Marktverordnungsmaßnahmen zu vergeuden. So könnten Maßnahmen zugunsten der Kellerwirtschaft und der Vermarktung sowie der Entwicklung von Produktinnovationen in den Katalog der Fördermaßnahmen aufgenommen werden.

Schneider: „Die Vermarktung von Wein muss gezielt unterstützt werden, u.a. durch eine verstärkte Förderung des Exports. Die CDU-Landtagsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass die finanziellen Mittel zukunfts- und wettbewerbsorientiert eingesetzt werden. Sie fordert deshalb die Landesregierung auf, das bestehende Umstrukturierungsprogramm neu zu gestalten. Neben der Freigabe der Sortenliste müssen bürokratische und unsinnige Auflagen, wie die Mindest- und Höchststockzahlen, überprüft werden. Um nachhaltig unsere Winzerinnen und Winzer zu unterstützen, sollten auch Produktinnovationen, kellerwirtschaftliche Maßnahmen und die Infrastruktur für die Bereitstellung von Wasser für die Tröpfchenbewässerung zukünftig gefördert werden.“



Die Landespolizeischule auf dem Hahn und die aktuelle Situation der Aus- und Fortbildung der rheinland-pfälzischen Polizei war Ziel eines Informationsbesuches von Landtagspräsident Joachim Mertens. Empfangen wurde er vom Leiter der Schule Klaus-Jörg Weidmann und dessen Stellvertreter Ernfried Groh. Informativ war die Vorstellung des Konzeptes über die Umstellung des Diplom-Studienganges auf den Bachelor-Studiengang im Jahr 2009 im Rahmen der Harmonisierung der europäischen Bildungslandschaft. Dabei wurde deutlich die stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis aufgezeigt, die über eine Modularisierung erreicht werden soll. Mertens nahm auch die Gelegenheit wahr, mit rund 270 Studierenden seine Sicht über die Zukunftsaussichten des Polizeiberufes zu diskutieren.

Anhörung zum neuen Denkmalschutzgesetz

SPD: Zeitgemäße Gesetzgebung – CDU und FDP: Dringend überarbeiten

Nach der Anhörung zur Novellierung des Denkmalschutzgesetzes im Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landtages zeigte sich Manfred Geis, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und Vorsitzender des zuständigen Ausschusses, mit dem vorliegenden Entwurf zufrieden, angesichts der fachlich anspruchsvollen Auseinandersetzung.

„Rheinland-Pfalz ist reich an kulturellem Erbe in Bauwerken und Bodendenkmälern, für die Bürgerinnen und Bürger des Landes ist dies prägender Teil ihrer Heimat. Wir brauchen eine zeitgemäße Gesetzgebung, die die Interessen von Eigentümern und Denkmalpflege berücksichtigt. Denn auch in Fragen der Denkmalpflege gilt es oftmals, zu einem vernünftigen Interessenausgleich zu gelangen.“

Neben einigen Kritikpunkten im Detail wurde seitens der Fachleute in der Gesetzesnovelle eine gute Grundlage gesehen. Ihre Grundintention – so die mehrfach geäußerte Einschätzung – werde die Novelle erreichen: Das Verwaltungshandeln wird vereinfacht, Bearbeitungszeiten verkürzt und damit Beratungszeit gewonnen sowie das fachliche Handeln in der Denkmalpflege gestärkt. Diskutiert wurde im Kontext des neu eingeführten Verursacherprinzips die Frage der Belastungen von Eigentümern aufgrund von Bau- und Erschließungsvorhaben. Hier war das Ziel unstrittig, auf der Grundlage einer gesetzlichen Obergrenze übermäßige Belastungen zu vermeiden.

Die kulturpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Dr. Stefanie Lejeune, beklagte, dass den Interessen der Eigentümer nicht genügend Rechnung getragen werde.

Der Landesregierung sei es mit ihrem Gesetzentwurf nicht gelungen, eine vernünftige Balance zwischen den Eigentümerinteressen und dem Interesse am Erhalt von Kulturgütern herzustellen.

Es sollte auch die Anregung der Sachverständigen aufgegriffen werden

und das Gesetz insgesamt noch einmal auf Umfang, Gestaltung und eine transparentere und bürgerfreundlichere Zuteilung von Zuständigkeiten überprüft werden, so Lejeune.

Eine Überarbeitung des Gesetzentwurfes forderte für die CDU-Fraktion auch Thomas Weiner. Die Anhörung habe eine Fülle von Kritikpunkten der Fachleute öffentlich gemacht, denen die Landesregierung nun Rechnung tragen müsse. Von der nur mangel-

haften Beteiligung der betroffenen Eigentümer im Untersuchungsverfahren, über unzureichende Regelungen beim Nachteilsausgleich bis hin zu gravierenden Mängeln bei der Gesetzesformulierung und -systematik reiche das Spektrum der Einwendungen. Insbesondere sei von mehreren Gutachtern moniert worden, dass der Entwurf zu sehr von einem obrigkeitstaatlichen Denken geprägt sei, so Weiner.



Der Arbeitskreis I der FDP-Landtagsfraktion unter Leitung des parlamentarischen Geschäftsführers Günter Eymael informierte sich auf dem Flughafen Hahn über die Arbeit des Mittel- und Osteuropazentrums Rheinland-Pfalz (MOEZ) GmbH. MOEZ-Geschäftsführer Walter Strutz erläuterte, dass die MOEZ sich als Kontaktstelle für Unternehmen verstehe, die sich gerne in Mittel- und Osteuropa engagieren möchten. In nahezu sämtliche Länder Mittel- und Osteuropas könnten Kontakte angeboten werden. Chancen zur Zusammenarbeit könnten mit Repräsentanten aus den mittel- und osteuropäischen Staaten auch im direkten Gespräch auf dem Flughafen Hahn angeboten werden. „Die Kombination eines Low-Cost Airports mit dieser Drehscheibe für Wirtschaftskontakte ist bisher einmalig in Europa“, sagte Strutz.

Störsender in Vollzugsanstalten

CDU: Handy-Nutzung durch Häftlinge ausschließen

Effektive Maßnahmen zur Bekämpfung der Nutzung von Handys durch Strafgefangene forderte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Dr. Axel Wilke. Handys seien im Vollzug zwar schon jetzt strikt verboten, jedoch lasse sich dieses Verbot nicht vollständig durchsetzen. Immer wieder gelinge es Häftlingen, die ständig kleiner werdenden Mobilfunkgeräte oder SIM-Karten in die Haftanstalten zu schmuggeln. Seine Fraktion habe deshalb einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der den Einsatz von Handy-Störsendern in Haftanstalten ermöglicht, so Wilke.



Es müsse sichergestellt werden, dass die Nutzung von Handys durch Häftlinge unterbunden wird, denn Mobiltelefone stellten im Strafvollzug ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. Sie ermöglichten z.B. die Weiterführung krimineller Geschäfte aus der Zelle heraus. Teilweise versuchten Häftlinge auch, per Handy ihre Flucht zu organisieren oder sie weisen Helfer außerhalb der Gefängnismauern an, wo und wann sie Geld oder Drogen über die Anstaltsmauer werfen können. Bei Untersuchungsgefangenen bestehe wiederum die Gefahr, dass sie Kontakt in ihr kriminelles Milieu halten und so Zeugen unter Druck setzen. „Handy-

Störsender sind das einzige wirksame Mittel zur Bekämpfung der Nutzung von Handys durch Häftlinge. Es müssen deshalb umgehend die rechtlichen Voraussetzungen für ihren Einsatz geschaffen werden,“ so Wilke

Der Einsatz von reinen Handysuchgeräten greife nach dem derzeitigen Stand der Technik zu kurz, so Wilke. Ihre Wirkung sei daran geknüpft, dass mit dem Handy telefoniert wird. Der Versand einer SMS werde überhaupt nicht erfasst. Im Rechtsausschuss habe Justizminister Bamberger zwar bereits eingeräumt, dass ihm die Problematik bekannt sei, jedoch wolle er erst im Rahmen einer Novellierung des Strafvollzugsgesetzes aktiv werden. Dies sei in Anbetracht des Gefahrenpotentials von Mobiltelefonen in den Händen von Strafgefangenen viel zu zögerlich. Andere Länder, etwa Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen, seien bereits aktiv geworden und hätten entsprechende Gesetzesvorhaben angeschoben.

In rheinland-pfälzischen Haftanstalten seien in den Jahren 2005 bis 2007 zwölf Handys mit SIM-Karte und drei SIM-Karten sichergestellt worden. Dabei müsse man allerdings von einer hohen Dunkelziffer ausgehen. Dies zeige sich insbesondere bei einem Blick auf die Vergleichszahlen anderer Länder: In Baden-Württemberg sind nach einer amtlichen Statistik im Jahr 2006 171 Handys in den Justizvollzugsanstalten gefunden worden. Berlin habe im Jahr 2007 sogar über 800 Handy-Funde in seinen Haftanstalten verzeichnet.



Reform der Rundfunkgebühren angemahnt

CDU: Jetziges System ist unübersichtlich und missverständlich

Eine zügige Reform der Rundfunkgebühren forderte der medienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Erwin Rüdell. Die anstehende Erhöhungsrunde sei sehr unbefriedigend für Bürger, Betriebe und Politik.

„Nach einer klaren Definition des Auftrags für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk muss endlich auch die

Kostenverteilung reformiert werden. Danach soll die Gebühr nicht mehr pro Gerät sondern pro Haushalt und Betrieb gezahlt werden. Dies vereinfacht das Verfahren erheblich. Die GEZ mit ihren teils überflüssigen Methoden würde nahezu überflüssig.“ Insgesamt müsse die Ermittlung des Finanzbedarfes transparenter werden.

Die jetzt anstehende Erhöhung der Rundfunkgebühr um 0,95 Cent ab 2009 auf 17,98 Euro dürfe von den Landtagen nicht einfach durchgewinkt werden, sondern müsse eine Grundsatzdebatte auslösen, forderte Rüdell.

Das derzeitige Rundfunkgebührensystem sei äußerst unübersichtlich und in vielen Punkten missverständlich. „Dies führt zu einer sinkenden Akzeptanz in der Bevölkerung und gefährdet das Ansehen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland“, sagte Rüdell. Die Gebührenerhöhung müsse zukünftig mit einer indexgestützten Obergrenze versehen werden, die an der Entwicklung der Nettoeinkommen ausgerichtet sei. Dieser Index mahne bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten ein Maßhalten im derzeit unbremsten Expansionsprozess an.

ARD und ZDF sollten sich bereits jetzt mit ihren neuen Angeboten einem von der EU geforderten 3-Stufen-Test unterwerfen, der ab 2009 zur Pflicht wird. Die Öffentlich-Rechtlichen müssten dann ihre zusätzlichen Vorhaben begründen und darlegen, dass privaten Anbietern nicht mit Rundfunkgebühren unfaire Konkurrenz gemacht wird.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk brauche zwar seine Entwicklungschancen, um auf wechselnde Mediennutzungen unterschiedlicher Nutzergruppen reagieren zu können. „Aber nicht alles was machbar ist, muss auch tatsächlich vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk genutzt werden.“ Ein duales System in der neuen digitalen Welt könne es nur im Gleichgewicht zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Interessen geben, da sonst gerade die Verlage ihre wirtschaftliche Grundlage verlören.

Darüber hinaus plädierte Erwin Rüdell für eine Entwicklung hin zu einem komplett werbefreien öffentlich-rechtlichen Programm. „Vorerst sollten zumindest Werbung und Sponsoring im Abendprogramm nach 20 Uhr generell nicht zulässig sein“. Zurzeit sei die 20-Uhr-Grenze nur für Werbung gesetzt. Als Ausnahme seien herausragende Sportereignisse zu sehen. „Wer zukünftig fast 8 Mrd. Euro an Gebühren einnimmt, kann zugunsten von Qualitätsstandards auf zusätzliche Werbeeinnahmen verzichten. Werbeverzicht macht unabhängig und sichert rein qualitätsorientierte Angebote.“

Wichtige Impulse für die Politik

Die von der Landesregierung vorgestellte Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit dem bekannten Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) sei ein bedeutender Schritt hin zu einer besseren Erforschung der Folgen des Klimawandels, sagte Margit Mohr, Vorsitzende der Enquete-Kommission „Klimawandel“ des Landtags und energiepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. Der gegenseitige Austausch von Erkenntnissen und Möglichkeiten werde beachtliche Impulse in diesem wichtigen Politik- und Forschungsfeld liefern. Mit dem Potsdam-Institut sei ein weltweit anerkanntes Forscherteam gewonnen worden.

Nach Angaben der Landesregierung soll die Zusammenarbeit mit dem Potsdam-Institut schwerpunktmäßig die regionalen Auswirkungen des Klimawandels in Rheinland-Pfalz untersuchen. Es gehe darum, Risiken und mögliche Chancen des Klimawandels zu erkennen sowie nachhaltige Strategien oder Anpassungsmöglichkeiten zu entwickeln. Das Forschungsprojekt wird vom Umweltministerium getragen und hat ein Gesamtvolumen von ca. 1,8 Millionen Euro für dreieinhalb Jahre.



SPD-Rechtspolitiker in Worms, v.l.n.r., Dieter Burgard, MdB, Clemens Hoch, MdB, Peter Wilhelm Dröschner, MdB, Staatssekretärin Beate Reich, Vollzugsleiter Edgar Guleritsch und Jens Guth, MdB.

Gemeinsame Interessen betont

Weinbauausschuss informierte sich in Frankreich



Der Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau unter Leitung von Vizepräsidentin Hannelore Klamm und der Ausschussvorsitzenden Christine Schneider führte im April eine Informationsfahrt nach Frankreich durch. Inhaltliche Schwerpunkte der Fahrt bildeten der Weinbau und das Weinmarketing und insbesondere die Auswirkungen der EU-Weinmarktordnung.

Der erste Teil der Fahrt führte den Ausschuss ins Elsass. Neben den Gesprächen mit den Praktikern in Weinbaubetrieben und Weinbaugenossenschaften besuchte der Ausschuss rund um das Weinbauzentrum des Elsass in Colmar den „Conseil interprofessionnel des Vins d'Alsace“, Forschungseinrichtungen zum Weinbau ebenso wie die Landwirtschaft- und Weinbauschule in Rouffach. Dadurch erhielt der Ausschuss ein umfassendes Bild vom Weinbau im Elsass, speziell

über die Ausbildung und Forschung. Zu politischen Gesprächen wurde der Ausschuss auch im Regionalrat des Elsass empfangen. Schwerpunkt der Diskussion war insbesondere die Situation des Weinbaus vor dem Hintergrund der EU-Weinmarktordnung und der Möglichkeit, zwischen den Weinbauregionen Elsass und Rheinland-Pfalz gemeinsame Interessen zu identifizieren und zu vertreten.

Im Anschluss daran setzte der Ausschuss seine Fahrt in die Champagne fort. Dort wurde insbesondere Wert darauf gelegt, sowohl mit Selbstzeugern als auch mit großen Kellereien Gespräche zu führen. Von großem Interesse waren dabei die Gespräche mit den Vertretern des Champagne-Gesamtverbandes in Epervain. Auch dabei war es möglich, die gemeinsamen Interessen zwischen den Weinbau treibenden Regionen Champagne und Rheinland-Pfalz herauszustellen.

Verbraucherschutz ernst nehmen

CDU: Bundesgesetz könnte längst umgesetzt sein

Kritik übte die verbraucherpolitische Sprecherin der CDU Fraktion, Dorothea Schäfer, daran, dass die Landesregierung erst jetzt einen Referentenentwurf zur Ausführung des neuen Verbraucher-Informationsgesetzes vorgelegt habe. Bereits Anfang November 2007 sei klar gewesen, dass das Gesetz bundesweit am 1. Mai 2008 in Kraft treten werde. Für die Durchführung vor Ort seien die Länder zuständig.

„Das neue Gesetz ermöglicht dem Verbraucher den Zugang zu Informationen über mögliche Lebensmittelverunreinigungen, Pestizid-Belastungen oder Gefahren von Kosmetika. Über ein halbes Jahr hat die Landesregierung Zeit gehabt, die Zuständig-

keiten zu klären, Gebühren festzulegen und die genaue inhaltliche Umsetzung des Bundesgesetzes in Rheinland-Pfalz zu regeln.

Durch zügiges Handeln wäre es möglich gewesen, dieses Bundesgesetz auch für die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz zum 1. Mai 2008 umzusetzen. Andere Länder sind da weiter. In Rheinland-Pfalz kann das Gesetz vor der Sommerpause nicht mehr verabschiedet werden. Die Landesregierung ist gefordert, dem Landtag schnellstmöglich die Ausführungsbestimmungen zur Beratung vorzulegen, damit die Verbraucher schnell Klarheit und Sicherheit bekommen“, so Dorothea Schäfer.

Enormer Handlungsbedarf

CDU: Jugendarrestanstalt leidet unter Vollzugsstau



Unser Foto entstand vor der JAA Worms und zeigt (v.l.n.r.): Mitarbeiter des Justizministeriums Dr. Thomas Schäfer, Herbert Schneiders, MdB, Sozialarbeiterin der JAA Worms Julia Bambauer, Jeanette Wopperer, MdB, Dr. Axel Wilke, MdB, Vollzugsleiter Edgar Guleritsch, Marlies Kohnle-Gros, MdB, Michael Hörter, MdB und Elfriede Meurer, MdB.

Auch eine Delegation der CDU-Landtagsfraktion besuchte auf Anregung der örtlichen Abgeordneten Jeanette Wopperer die Jugendarrestanstalt Worms. Die Abgeordneten kamen dabei zu dem Schluss, dass enormer Handlungsbedarf bestehe. Worms sei bisher die einzige Anstalt in Rheinland-Pfalz, die für die Verbüßung des unter der Jugendfreiheitsstrafe angesiedelten Jugendarrests zuständig ist.

Deshalb leide sie noch immer unter einem erheblichen Vollzugsstau. Dieser sei zum einen durch den landesweiten Mangel an Arrestplätzen sowie durch eine mit deutlicher Verzögerung laufende Renovierung entstanden. „Es ist höchste Zeit, dass die Planungen für eine zweite Jugendarrestanstalt im Land vorankommen“, so der rechtspolitische Sprecher der CDU Dr. Axel Wilke. Das Land Hessen habe bereits gehandelt und zum 1. April 2008 eine weitere Anstalt in Betrieb genommen. „Im Interesse unserer Jugendlichen sollte sich

die Landesregierung ein Beispiel daran nehmen“, sagte Wilke.

Die Jugendlichen, die ihren Arrest in Worms verbüßen, seien nicht nur, wie es vom Gesetz eigentlich vorgesehen ist, Jugendliche ohne kriminelle Neigungen, die wegen typischer Jugendverfehlungen im Arrest sind, sondern auch stark kriminalitätsbelastete Täterinnen und Täter, die das Glück hatten, mit einem Arrest davon gekommen zu sein.

Der Anteil dieser Jugendlichen und Heranwachsenden bis zum 21. Lebensjahr wird auf 30 Prozent geschätzt. „Gerade für diese Gruppe von Tätern, die in aller Regel bereits wiederholt mit dem Gesetz in Konflikt gekommen ist, wäre der auf Bundes- und Landesebene seit Monaten diskutierte ‚Warnschussarrest‘ als ‚Schockstrafe‘ sehr hilfreich“, so Wilke. Die CDU-Fraktion wird sich auch weiterhin für eine entsprechende Gesetzesänderung einsetzen, versprach er.

Erziehung steht im Vordergrund

SPD-Rechtspolitiker besuchten Jugendarrestanstalt

Besuche in Justizeinrichtungen und intensive Gespräche mit den Beschäftigten dienen dazu, dass sich die Rechtspolitiker der SPD-Landtagsfraktion in regelmäßigen Abständen ein Bild der Situation vor Ort machen können. Diesmal stand die Jugendarrestanstalt (JAA) Worms auf dem Programm. Begleitet wurden die Politiker von Justizstaatssekretärin Beate Reich.

Die Parlamentarier, der Wormser SPD-Landtagsabgeordnete Jens Guth, der rechtspolitische Sprecher der Fraktion Clemens Hoch, der Vorsitzende der Strafvollzugskommission des Landtages Peter Wilhelm Dröschner, sowie der strafvollzugspolitische Sprecher der Fraktion, Dieter Burgard, wurden vom Leiter der JAA, Edgar Guleritsch, empfangen.

In der zurzeit einzigen Jugendarrestanstalt des Landes steht die Erziehung der straffällig gewordenen jungen Menschen im Vordergrund. Wichtig ist das Erlernen eines geregelten Tagesablaufs. So wird beispielsweise um 22 Uhr das Licht in der Anstalt ausgeschaltet. Besonderen Wert legen die Bediensteten auf die sportliche Betätigung der Arrestanten. In diesem Zusammenhang stellten Guleritsch und sein Team die Pläne für Sportanlagen auf dem Anstaltsgelände vor. Das Erziehungsprogramm ist vielseitig, neben den Sportangeboten gibt es pädagogische Projekte wie die Arbeit auf einem Bauernhof. Auch eine Schuldnerberatung wird den Jugendlichen angeboten. Nach der gerade abgeschlossenen Renovierung des Anstaltsgebäudes stehen nun 35 Arrestplätze zur Verfügung. Die durchschnittliche Verweildauer beträgt elf Tage.

Die größte Gruppe der Insassen bilden die 17- und 18-jährigen. Die größte Deliktgruppe stellt die Körperverletzung, gefolgt von Diebstahl. Insgesamt sei bei den Jugendlichen eine Steigerung der Gewaltbereitschaft zu

beobachten, so der Leiter der Anstalt. Dies gelte auch für die einsitzenden jungen Frauen. Insgesamt hätten die betroffenen Jugendlichen mit Perspektivlosigkeit zu kämpfen. Die Mehrheit der Jugendlichen habe keine Berufsausbildung, keinen Schulabschluss und keine Arbeit. Vor diesem Hintergrund waren sich alle Gesprächsteilnehmer einig, dass strafrechtliches Einwirken auf die jungen Menschen zu spät greift. Nötig sei vielmehr ein viel früheres Ansetzen im Rahmen der Bildungs- und Sozialsysteme.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der JAA nutzten auch die Gelegenheit darauf hinzuweisen, wo noch Verbesserungsbedarf bestehe. So ist die Zahl derer, die einer Ladung in die JAA nicht freiwillig nachkommen, noch zu hoch. Hier wurden Optimierungsmöglichkeiten diskutiert.

Erfolgreicher Wirtschaftsstandort

FDP-Arbeitskreis Wirtschaft zu Gast in Wittlich



Auf Einladung des FDP-Stadtverbandsvorsitzenden Karl-Heinz Grünfelder besuchte der Arbeitskreis I (Haushalt und Finanzen, Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Umwelt und Europa) der FDP-Landtagsfraktion die Stadt Wittlich. Schwerpunkt des Besuchs war „Wittlich als Wirtschaftsstandort“. Zu diesem Thema präsentierte Bürgermeister Bußmer eine Reihe von Fakten, die Wittlich als guten und innovativen Wirtschaftsstandort auszeichnen. Hierbei stellte er auch die Planungen für den ersten so genannten „Security-Parkplatz“ in Deutschland und den in Planung befindlichen Handwerker- und Gewerbetankstelle vor.

Fraktionsvorsitzender Herbert Merzin und der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion Günter Eymael lobten Bürgermeister Bußmer ausdrücklich für die in den letzten Jahren geleistete Arbeit. „Wittlich hat sich zu einem der erfolgreichsten Wirtschafts- und Konver-

sionsstandorte des Landes entwickelt“, so Eymael.

Der liberale Verkehrsexperte unterstrich weiterhin die Bedeutung einer sehr guten Verkehrsinfrastruktur als Basis für eine positive wirtschaftliche Entwicklung. In diesem Zusammenhang sprach er sich ausdrücklich für die zügige Inangriffnahme des Baus des Hochmoselüberganges aus. Es könne nicht sein, dass seitens des Verkehrsministeriums nicht schnell genug mit dem Bau begonnen werde, nachdem die Gerichte „grünes Licht“ gegeben hätten. „Mit Hochdruck muss dieses für die ganze Region enorm wichtige Verkehrsprojekt jetzt begonnen werden“, forderte Eymael, denn der Hochmoselübergang sei für den Anschluss Ostbelgiens, Luxemburgs, der Eifel an das Rhein-Main-Gebiet von entscheidender Bedeutung. Eine weitere wichtige verkehrspolitische Maßnahme für die Region sei daneben auch der Weiterbau der A 1 nach Nordrhein-Westfalen.